

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 149 (1983)

Heft: 1

Artikel: Strategie-Diskussion in den USA

Autor: Spahni, Walter

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-54925>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

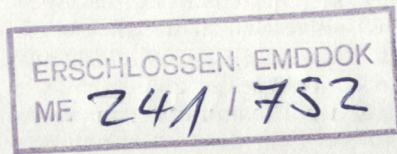
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Strategie-Diskussion in den USA

Von Hptm Walter Spahni



Während im westlichen Europa und teilweise auch in den USA die öffentliche sicherheitspolitische Diskussion sich im Klima atomarer Angst abwickelt, suchen Sicherheitstheoretiker und die verantwortlichen Instanzen in den Vereinigten Staaten nach Möglichkeiten, um die Sowjets wenigstens an der Erlangung einer gefährlichen Suprematie zu hindern. Verschiedene Optionen bieten sich an: Stärkung der nuklearen Komponente in Verbindung mit dem Aufbau eines Zivilschutzes, Aufholen auf dem konventionellen Rüstungssektor, Verlegung des Schwergewichts der Anstrengungen auf die Weltmeere und die entfernten Küsten (zwangsläufig zu Lasten der NATO in Europa). Um alle sicherheitspolitischen Aufgaben, die sich stellen, lösen zu können, reichen die Mittel bei weitem nicht aus. Es gilt also, bis zum Eintritt einer tatsächlichen beiderseitigen Abrüstung für eine unbestimmt lange Zeit eine globale Strategie zu entwickeln, die wenigstens den hauptsächlichlichen Bedrohungen einigermassen zu genügen vermag.

Die amerikanische Regierung will bis zum Finanzjahr 1987 rund 1,6 Billionen Dollar für die Verteidigung ausgeben. Die Chefs der vier Teilstreitkräfte haben vor dem Kongress übereinstimmend ausgesagt, dass diese Mittel um rund die Hälfte aufgestockt werden müssen, sollten die Streitkräfte in die Lage versetzt werden, die ihnen gestellten Aufgaben zu erfüllen. Der einfachste Ausweg schiene darin zu bestehen, die Verteidigungsaufwendungen entsprechend zu erhöhen. Das dürfte primär aus politischen und ökonomischen Überlegungen kaum möglich sein. Der tiefere Grund, dass selbst entschiedene Befürworter eines Ausbaus der amerikanischen Militärmacht sich einer weiteren Erhöhung des Pentagon-Budgets gegenüber reserviert verhalten, liegt in einer sich intensivierenden Strategiediskussion über den effektivsten Weg, die nationale Sicherheit der USA künftig zu gewährleisten.

Die Bedrohungslage

Sowjetische Rüstung als Hauptbedrohung

Unter rein militärischem Blickwinkel betrachtet ist die «Inselmacht»

USA in ihrem Überleben als freie Gesellschaft einzig durch einen massiven Atomangriff bedroht. Obwohl eine weitere Zunahme in der Zahl der Atomkräfte in den nächsten Jahren zu erwarten ist, verfügt nur die Sowjetunion über ein Waffenarsenal, das das Weiterbestehen der amerikanischen Nation ernsthaft in Frage zu stellen vermag. Vom Standpunkt der Wahrung der nationalen Integrität der USA aus betrachtet, muss der Stabilisierung der nuklearstrategischen Ebene höchste Priorität eingeräumt werden.

Verringerte Erdölabhängigkeit verschärfte Lage in bezug auf Mineralien

Das Bedrohungsfeld im wirtschaftlichen Bereich hat sich in den letzten Jahren erheblich verändert. Innenminister Watt konstatierte kürzlich, in den siebziger Jahren sei das Energieproblem im Vordergrund gestanden, das gegenwärtige Jahrzehnt werde sich mit der Verknappung der Mineralrohstoffe auseinandersetzen haben. 1977 importierten die USA rund 48 Prozent des Öls. Dieser Anteil beträgt heute noch um die 30 Prozent, wobei festzuhalten bleibt, dass Amerika im

Gegensatz zu Europa und Japan auf Zufuhren aus der Region, vor allem Venezuela und Mexiko, zählen kann. Ein stetes Absinken des Importanteils wird in den kommenden Jahren erwartet, einerseits durch erhöhte Eigenproduktion und andererseits durch den abnehmenden Verbrauch dank Substitution und Sparmassnahmen. Weit problematischer stellt sich hingegen die Versorgungslage mit «strategischen» Metallen dar. Die Importabhängigkeit der USA für Kolumbium, Aluminium, Chrom, Kobalt und Tantalum liegt bei über 90 Prozent, Mangan wird zu 98 Prozent, Nickel zu 73 Prozent und Titan zu 35 Prozent eingeführt. Ohne diese Rohstoffe ist der Bau moderner Waffen, zum Beispiel Raketen und Flugzeuge, nicht mehr denkbar. Produktionsprozesse in der Stahl- und in der chemischen Industrie werden verunmöglicht. Neben einer ungenügenden Vorratshaltung der USA ist besonders bedenklich, dass wesentliche Lieferanten entweder im potentiell gegnerischen Lager sich befinden, wie die Sowjetunion, oder selber instabile Strukturen aufweisen, wie Zaire und Sambia. Die Versorgungssicherheit der USA wird entweder durch einen Lieferstopp seitens der Produzenten oder durch einen Unterbruch der Transportlinien gefährdet. Das Ausmass der Bedrohung fasste ein prominenter Rohstoffverbraucher in die Worte: «Ohne Metalle, die hohe Temperaturen aushalten und korrosionsfest sind, können die USA keine Flugzeugmotoren und keine Autos herstellen, keine Züge in Betrieb setzen und keine Ölraffinerien oder Kraftwerke bauen.»

Kommunistischer Vorstoss nach Lateinamerika

Ein dritter Bedrohungsfaktor, über dessen Bedeutung allerdings zur Zeit heftig debattiert wird, zeichnet sich in der zunehmenden Infiltration des Kommunismus in die westliche Hemisphäre ab. Die Entwicklung in Zentralamerika, ein allzu lange vernachlässigtes Feld der amerikanischen Aussen- und Sicherheitspolitik, nährt die Befürchtung, dass südlich der USA eine Reihe feindseliger Regimes an die Macht gelangen, die sowohl durch die ethnische Verbundenheit mit den «Hispanics» in den Vereinigten Staaten selber für Unrast sorgen können als auch die Verbindungslinien durch die Karibische See gefährden und die Erdölgebiete Mexikos und Venezuelas kontrollieren könnten. Dieser Krisenzone sollten auch die Westeuropäer höchste Aufmerksamkeit zukommen lassen, da im Konfliktfall in Europa rund 50 Prozent des Nato-Nachschubs aus den USA durch die Florida-Strasse

unmittelbar im Norden Kubas transportiert werden muss.

Konzentration auf Atomwaffen

Einen der radikalsten Vorschläge für die künftige Sicherheitspolitik der USA haben der «Vater» der Neutronenbombe, Samuel T. Cohen, und der Militärhistoriker Laurence W. Beilenson unterbreitet. Sie gehen von drei Grundsätzen aus:

1. Das überragende nationale Ziel ist das Überleben als freies Volk.

2. Die Stabilität auf der nuklearen Ebene wird immer mehr geschwächt.

3. Ein Konflikt mit der Sowjetunion bei der Verteidigung der Alliierten wird als Nuklearkrieg beginnen oder rasch dahin eskalieren, wobei die Sowjets einen massiven Schlag gegen die USA führen werden.

Deshalb verlangen Cohen und Beilenson eine starke Abwehr gegen nukleare Attacken und ein entsprechendes **Zivilschutzprogramm**. Da Verteidigung allein keine abschreckende Wirkung ausübe, sei die Entwicklung effektiver Offensivkapazitäten ebenso wichtig. Die beiden Autoren halten die grosse Zuwendung von Mitteln im Ausbau der konventionellen Streitkräfte für falsch. In ihrer Kritik am Nato-Konzept der «flexible response» argumentieren sie, dass der Krenl im Wissen um die westliche Eskalationsstrategie einen Angriff auf Westeuropa mit einem Atomschlag gegen die USA beginnen werde. Versuche des Westens, mit dem Warschauer Pakt auf konventionellem Gebiet Schritt zu halten, werden als fruchtlos bezeichnet. Die isolationistische Grundhaltung der Autoren manifestiert sich in ihrer Erklärung, die Gefahren einer atomaren Aufrüstung Westeuropas unter Einschluss Westdeutschlands seien viel geringer als die Stationierung amerikanischer Truppen auf dem alten Kontinent, die mit dem Versprechen verbunden sei, bei einem sowjetischen Angriff notfalls mit Atomwaffen zu reagieren. «Wir können ohne die Nato überleben, selbst wenn sich die Europäer den Sowjets anpassen. Aber ein Atomkrieg kann uns umbringen.»

Die amerikanische Regierung hat mit ihrem Modernisierungsprogramm für die strategische Rüstung klar zu erkennen gegeben, dass sie den Nuklearwaffen gebührend Aufmerksamkeit schenkt. Aber, wie Verteidigungsminister Weinberger in seinem Jahresbericht für das Budget 1983 ausführte, suchen die USA keine nukleare «Überlegenheit», sondern **zielen darauf ab, die Sowjets an deren Erlangung zu hindern**. Die atomare Stärke wird zudem nicht als Ersatz für konventionelle Macht betrachtet.

Das «Fenster der Verwundbarkeit»

Im Zentrum der Diskussion über die Zukunft der strategischen Waffen steht das Schicksal der landgestützten Interkontinentalraketen (ICBM), die nach Ansicht der Regierung durch zielgenaue, mit grossen Sprengköpfen ausgestattete Raketen der Sowjets bedroht sind. Bei der Suche nach dem besten Mittel, das «window of vulnerability» zu schliessen, tun sich die Amerikaner jedoch ausserordentlich schwer. Die Debatte darüber, ob diese Verwundbarkeit überhaupt besteht, führt zu nichts, denn allein die Möglichkeit, dass die ICBM gefährdet sein könnten, zwingt zu Überlegungen, wie dem begegnet werden kann. Präsident Carters System mit 200 MX-Raketen, die in jeweils 23 Bunkern hin und her bewegt werden sollten, ist von der neuen Regierung ad acta gelegt worden. Edward Luttwak, einer der strategischen Denker am Center for Strategic and International Studies der Georgetown University und Berater des Pentagons, hat darauf hingewiesen, dieses Projekt sei nicht nur an Kostenfragen und am politischen Widerstand im amerikanischen Westen gescheitert, sondern habe einen grundsätzlichen strategischen Mangel aufgewiesen. Die 4600 Unterstände hätten den Sowjets gerade jene Ziele vorgesetzt, für die deren ICBM am besten geeignet seien. Die Russen hätten nämlich genau das machen müssen, was sie am besten können: die Massenproduktion erprobter Waffen. Luttwak hält jedoch grundsätzlich von der 21 Meter langen, rund 85 Tonnen schweren MX-Rakete wenig, da der Begriff «beweglich» völlig übertrieben sei. Er spricht sich dagegen für eine «einfache» und hochmobile Rakete aus, die völlig frei durch die USA transportiert werden könne und damit als Raketenziel ausfalle. Verteidigungsminister Weinberger hatte im vergangenen Jahr an eine solche Lösung gedacht, doch wurde die Idee nicht weiter verfolgt, so dass sich die Anstrengungen gegenwärtig auf die Stationierung der MX konzentrieren. Der Entscheid ist unter dem Druck des Kongresses vom September 1984 auf Herbst 1982 vorverlegt worden, wobei nun das «dense-pack»-System in den Vordergrund gerückt ist, das die Sowjets vor die kaum lösbare Aufgabe stellen soll, wie gleichzeitig einfliegende Atomsprengköpfe vor den Auswirkungen der ersten Explosion bewahrt werden können.

Die gegenüber der Minuteman wesentlich zielgenauere MX kommt der Forderung Cohens und Beilenson nach offensiven Nuklearwaffen entgegen. In die gleiche Richtung steuert auch die angekündigte Entwicklung der neuen

U-Boot-Rakete Trident II oder D-5. Die Regierung ist offenbar der Meinung, dass sich damit die nuklearstrategische Ebene stabilisiere. Kritiker befürchten jedoch, dass gerade das Gegenteil eintreten werde. Sie können dabei auf die eigene Erfahrung verweisen, denn die Amerikaner fühlen sich durch die zielgenaue Generation neuer sowjetischer Raketen aufs höchste verunsichert. Ein weiterer Unsicherheitsfaktor zeichnet sich mit den Bemühungen um die Entwicklung eines Raketen-Abwehr-Systems ab, das laut Luttwak längerfristig als Schutz der amerikanischen ICBM unumgänglich scheint.

Die Furcht der amerikanischen Regierung vor den zielgenauen, mit grosser Nutzlast ausgestatteten sowjetischen Interkontinentalraketen vom Typ SS-17, SS-18 und SS-19 ist in Präsident Reagans Abrüstungsvorschlägen von Anfang Mai zum Ausdruck gekommen. Statt SALT (strategic arms limitation talks) spricht Washington nun von START (strategic arms reduction talks), die in einem Zwei-Phasen-Plan zu einer Obergrenze von je 850 Langstreckenraketen mit höchstens 5000 Sprengköpfen führen sollen – bei einem gegenwärtigen Arsenal von 2350 Missilen auf sowjetischer und 1700 auf amerikanischer Seite mit jeweils 7500 Sprengköpfen. Die künftigen Streitmächte sollen je die Hälfte der in der Grösse limitierten Sprengköpfe auf dem Land und auf See stationieren. Nicht geklärt ist allerdings, ob dieser Plan wirklich zur Schliessung des «Fensters der Verwundbarkeit» beitragen wird. Weniger sowjetischen Sprengköpfen werden auch weniger amerikanische Ziele gegenüberstehen, so dass das Verhältnis von gegenwärtig etwa 5:1 kaum geändert wird, während die Zielgenauigkeit bestehen bleibt. Skeptiker geben zu bedenken, das angestrebte «Gleichgewicht der Verwundbarkeit» durch START und Modernisierung der amerikanischen Träger verringere die Gefahren eines Erstschlags nicht, sondern ende in einer Machtbalance, in der beide Grossmächte den Finger am Abzug hielten. Nicht gelöst ist ferner das Schicksal der Interkontinental-Bomber und der Cruise Missiles. Befürworter des vom Senat nicht ratifizierten SALT-2-Abkommens, unter ihnen der frühere Aussenminister Kissinger, argumentieren vergeblich, angesichts der zu erwartenden langen Dauer der START-Gespräche sei SALT-2 die einzige Vereinbarung, die in der Zwischenzeit dem Wettrüsten gewisse Grenzen auferlege. Das Modernisierungsprogramm Reagans (MX-Entwicklung, Trident-2, B-1 und «Stealth»-Bomber) sei dadurch nicht tangiert.

Einseitige Strategie?

Die Betonung der nuklearen Mittel in der Strategie der USA und der Nato stösst auf kompetente Kritik. Der ehemalige Verteidigungsminister James R. Schlesinger und einer der Chefdenker der «Neokonservativen», Professor Irving Kristol, haben unterstrichen, dass die Krise innerhalb der westlichen Allianz, die, wenn man ihren populistischen Charakter betrachtet, langsam auch auf die USA übergreift, ihren Grund in der zu einseitigen Stützung auf die Atomwaffen habe. Zwei Faktoren haben dazu entscheidend beigetragen: Der amerikanische «Atomschirm» über Westeuropa ist höchst löchrig geworden, seit die Sowjets auf der nuklearstrategischen Ebene in den siebziger Jahren die Priorität erlangt haben, die beiden Grossmächten im Konfliktfall mit der Auslöschung droht. Das Vorhandensein und die Modernisierung taktischer Atomwaffen sowie der «eurostrategischen» Waffensysteme lässt zudem nur den einen Schluss zu, dass Westeuropa selber zum nuklearen Schlachtfeld wird, wenn es sich einer allfälligen sowjetischen Aggression widersetzt. Die Wurzel dieser katastrophalen Entwicklung für die Nato, so führen Schlesinger und Kristol aus, liege in der Vernachlässigung der konventionellen Rüstung. Schlesinger erinnert an die Versuche McNamaras in den frühen sechziger Jahren, die konventionelle Streitmacht der Nato auszubauen. Die Europäer setzten damals – zu einem Zeitpunkt, als die USA auf der strategischen Ebene noch die Oberhand hatten – das logische Gegenargument ein, ein solcher Schritt könnte einen Mangel an Entschlossenheit des Westens zum Atomwaffeneinsatz andeuten und damit die Abschreckungswirkung vermindern. In den siebziger Jahren wurde der Anschluss an die sowjetische Aufrüstung vor allem aus finanziellen Überlegungen verpasst. Den einzigen Weg aus der gegenwärtigen Krise innerhalb der Nato mit dem angeschlagenen Vertrauensverhältnis zwischen den USA und Westeuropa sehen die beiden Autoren in einer Verringerung des bestehenden sowjetischen Übergewichts im konventionellen Bereich.

Gefährdeter NATO-Zusammenhalt

Schlesinger schliesst nicht aus, dass es dazu bereits zu spät sei, da die Allianz sich in einem Auflösungsprozess befinde. Sollte sich dieser fortsetzen, so sähen sich die Vereinigten Staaten in die westliche Hemisphäre zurückgedrängt. Vom Standpunkt der nationalen Sicherheit aus gesehen, wäre der Verlust nicht allzu gross, aber Amerika

verlöre ein ihm günstig gesinntes internationales Umfeld. Die Sorge um die Nato, das «Herzstück unserer Beziehungen zur Aussenwelt», wird primär von «Multilateralisten» vorgetragen, die der vom früheren Unterstaatssekretär im Verteidigungsministerium Robert W. Komer vertretenen Einsicht folgen:

«Wie sehr auch immer wir in unsere herrliche Isolation zurückkehren möchten, wir sind strategisch und wirtschaftlich an die von gegenseitigen Abhängigkeiten bestimmte Welt gebunden.»

Die Beherrschung der Meere

Die Regierung Reagan hat aufgrund ihrer Einschätzung der Abhängigkeitsverhältnisse eine Schwergewichtsverlagerung hin zu einer «maritimen Strategie» begonnen. Unterstaatssekretär Fred Iklé vom Pentagon erläuterte kürzlich, die USA wollten sich von der «Maginot-Linie-Mentalität» zur Verteidigung Europas lösen, die zu einer übermässigen Konzentration der militärischen Mittel an einer Front geführt habe. Stattdessen wird mehr Bedeutung der Sicherung der Seewege gegen die ausgreifende Seemacht der Sowjetunion und der «Machtprojektion» in aussereuropäischen Krisengebieten, primär im Persischen Golf, aber auch in Afrika mit wichtigen Rohstoffproduzenten, zugemessen. Marinesekretär John Lehmann verweist ferner auf die zahlreichen Bündnisverpflichtungen der USA rund um die Welt, die ohne adäquate Flottenstärke gar nicht erfüllt werden könnten. Die Sicherung des Zugangs zu den Ölquellen, von dem vor allem die Überlebensfähigkeit Westeuropas und Japans abhängt, ist zweifellos eine Massnahme, die im Gesamtinteresse des Westens liegt. Kritiker wie Komer werfen indessen ein, dass Flugzeugträger, Zerstörer und Flugzeuge nicht genügen, um der sowjetischen Landmacht den Zugriff auf die Ölfelder zu versagen. Ohne die Möglichkeit, genügend Landstreitkräfte an Ort und Stelle zu bringen, sei ein Schutz der Golfregion nicht zu gewährleisten. Die **Eingreiftruppe (Rapid Deployment Force) steht jedoch noch immer primär auf dem Papier**, da es sowohl an der angemessenen Bewaffnung als auch an den benötigten Transportmitteln fehlt. Die einzige Lösung bestände im Aufbau eines entsprechenden Stützpunktsystems, das jedoch aus politischen Gründen kaum realisierbar scheint. Deshalb erweist sich der Rückgriff auf die Marine als notwendig, auch wenn sich dahinter eine «unilateralistische» Haltung verbirgt, nach der die USA möglichst ohne Rücksichtnahme auf andere zu reagieren imstande sein sollten.

Die «horizontale» Eskalation

Im Unterschied zur «vertikalen» Eskalation in Form der Natostrategie der «flexible response» denkt die amerikanische Regierung an eine «horizontale» Ausweitung eines Konflikts, der durch eine Aggression der Sowjets oder eines ihrer Klienten ausgelöst würde.

Laut dem Jahresbericht des Verteidigungsministeriums wollen sich die USA nicht darauf beschränken, nur an der eigentlichen Angriffsfront zu antworten, sondern sich die Möglichkeit vorbehalten, an «Schwachstellen» des sowjetischen Imperiums zur Gegenoffensive zu schreiten. Das verlangt nicht nur die Lösung äusserst heikler politischer Fragen, sondern einen immensen Ausbau der konventionellen Streitkräfte. Dieser drängt sich auch aus der «zeitlichen» Eskalation auf, die sich in der Ablehnung der Annahme, ein künftiger Konflikt mit der Sowjetunion werde innert weniger Wochen oder Monate enden. Gemäss Verteidigungsminister Weinberger könnte ein allfälliger Gegner erwarten, die USA würden möglichst rasch einen Waffenstillstand auch unter ungünstigen Voraussetzungen suchen, da sie nicht in der Lage seien, eine länger dauernde Auseinandersetzung durchzustehen.

Frage der Machbarkeit

Damit sind wir wieder beim Ausgangspunkt angelangt. Selbst die budgetierten hohen Ausgaben reichen nach Ansicht der Militärs nicht aus, um die breite Palette von Aufgaben zu erfüllen. James Schlesinger ist der Ansicht, die Regierung werde ihre Budgetvorstellungen nicht durch den Kongress bringen. Die ständige Verteuerung der neuen Waffen zwingt zudem zu einer ständigen Verminderung der Stückzahlen. Im weiteren führt der Widerstand der Regierung gegen die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht zur Frage, wie dem bereits jetzt gravierenden Personalproblem der Streitkräfte angesichts des geplanten Ausbaus begegnet werden soll.

Das Wünschbare deckt sich offensichtlich nicht mit dem Möglichen. Damit drängt sich das Setzen strategischer Prioritäten gebieterisch auf. Aufgrund dieser Entscheidung lässt sich dann auch ermesen, welche Waffen beschafft werden müssen, um den strategischen Zielen gerecht zu werden. Die Regierung hat es bisher jedoch bei der Ausbreitung eines grossen Forderungskatalogs aller Teilstreitkräfte bewenden lassen.

Schlesinger stellt die Verbesserung der Kampfbereitschaft, des Durchhaltevermögens und der Ausbildung zuvorderst, gefolgt vom Ausbau der Marine, die nach seiner Ansicht primär die See zu kontrollieren und nicht Macht zu «projizieren» hat. Diese Reihenfolge kommt einem Bekenntnis zur weiteren Konzentration der USA auf die Nato gleich, da ja keine Schwergewichtsverlagerung vorgenommen wird. Betrachtet man die Militärbudgets der vergangenen Jahre, so besteht indessen die Gefahr, dass der Kongress der von der Regierung geteilten Faszination neuer Waffen erliegen wird und dafür Abstriche bei den Ausgaben für Unterhalt, Ersatzteile, Munition und Ausbildung vornimmt.

Luttwak wiederum spricht sich für eine Steigerung der Offensivkapazitäten, insbesondere im nuklearstrategischen Bereich aus, um das sowjetische Ausgreifen in der Welt und auf den Meeren einzuschränken. Sein Gedankengang gründet auf dem historischen Beispiel der Seemacht Grossbritannien, die sich ihre Herrschaft auf dem Meer durch eine kluge Politik gegenüber Kontinentaleuropa gesichert habe. Das Ausspielen der Europäer ge-

geneinander habe deren Energien auf den Aufbau der Landstreitkräfte gelenkt und den Briten die Beherrschung der See erlaubt.

Da die Sowjets den strategischen Kräften allerhöchste Priorität einräumten, zwingt eine gesteigerte Offensivkraft der USA Moskau zu einer Neuverteilung der Mittel, was vor allem den Ausbau der Roten Marine hemmen müsste.

Eine der wesentlichen Aufgaben für die Zukunft dürfte in der Ausarbeitung einer globalen Strategie des Westens liegen. Robert Komer hat darauf hingewiesen, dass die USA im Unterschied zu ihrem weltpolitischen Kontrahenten mit vielen reichen Alliierten gesegnet sei. Leider sei, wenn man die Rhetorik einmal beseite lasse, auf den Gebieten der gemeinsamen Waffenproduktion, der Arbeitsteilung, höherer Verteidigungsanstrengungen und eines besseren Lastenausgleichs wenig bis nichts geschehen. Die Fehler sind zweifellos beidseits des Atlantiks zu suchen und zu finden. Aber die gegenwärtige Strategiediskussion in den USA, die sich verstärkende Tendenz zum isolationistischen Denken, die Er-

kenntnis, dass auch Amerika Grenzen gesetzt sind, sowie die Atomangst in gewissen Kreisen Westeuropas verlangen neue Grundsatzüberlegungen im Westen.

Literaturverzeichnis:

Report of Secretary of Defense to the Congress on the Fiscal Year 1983 Budget, Washington 1982

James R. Schlesinger, The Handwriting on the Wall May Be a Forgery, Armed Forces Journal, März 1982, Washington

Robert W. Komer, Security Challenges of the 80's, Armed Forces Journal, November 1981, Washington

Laurence W. Beilenson und Samuel T. Cohen, A New Nuclear Strategy, New York Times Magazine, 24. Januar 1982

Irving Kristol, Exorcising the Nuclear Nightmare, Wall Street Journal, 12. März 1982, New York

Fred Iklé, A Roundtable: Defense Spending Priorities, New York Times, 14. März 1982

Thomas J. Downey, Demokratischer Abgeordneter des Repräsentantenhauses, Against Trident II, New York Times, 11. Februar 1982

Edward N. Luttwak, Why We Need More «Waste, Fraud and Mismanagement» in the Pentagon, Commentary, Februar 1982, New York

Sicher
ganz sicher
am sichersten
Cerberus

Für Unternehmer, die bei der Sicherung ihres Betriebes auf Nummer Sicher gehen wollen, ist Cerberus der richtige Partner. Denn Cerberus bietet nicht nur wirkungsvollste Schutzkonzepte gegen Brand und Kriminalität, sondern stellt auch selbst einen wesentlichen Sicherheitsfaktor für ihre Geschäftspartner dar.

Cerberus ist als Branchenleader seit 40 Jahren im Bereich der Sicherheitselektronik

tätig, und seit Jahrzehnten betrachten wir es als unsere Pflicht, nur Spitzenprodukte in zukunftsgerichteter Technik anzubieten. Da wir uns ausschliesslich auf das Gebiet der Sicherheit beschränken, ist es eine unumgängliche Verpflichtung – auch in Beratung und Service absolute Spitzenleistungen zu erbringen. Für unsere Kunden bedeutet dies Sicherheit in jeder Beziehung – auch für die Zukunft.



Cerberus AG

Männedorf	01/922	61	11
Bern	031/	24	22 12
Lugano	091/	51	69 58
Lutry	021/	39	52 11
Pratteln	061/	81	77 81
St. Gallen	071/	31	38 61

Sicherheits-Systeme gegen Brand und Kriminalität